



© picture alliance / CROTO / CROTO

„Die Werte der politischen Bildung erscheinen mir unhaltbar“

Der Sozialwissenschaftler Ingolfur Blühdorn
im Gespräch.

Libérale Demokratie, ökologische Vernunft und das Ideal des mündigen Subjekts galten lange als tragende Säulen einer besseren Zukunft. Doch was, wenn genau dieses emanzipatorische Versprechen an seine Grenzen gekommen ist? Der Sozialwissenschaftler Ingolfur Blühdorn spricht im Interview über das Ende vertrauter Gewissheiten, die Erschöpfung progressiver Projekte und die Zumutungen einer „anderen Moderne“, in der Hoffnung und Unhaltbarkeit unauflöslich ineinandergreifen.



Prof. Dr. **Ingolfur Blühdorn** ist Professor an der Wirtschaftsuniversität Wien sowie Leiter des dortigen Instituts für Gesellschaftswandel und Nachhaltigkeit. Seine Forschungsschwerpunkte sind Politische Soziologie, Gesellschaftstheorie, der Wandel moderner Demokratien und umweltpolitische Theorie. Das politische Erbe der „neuen sozialen Bewegungen“ seit den 1970ern spielt in seiner Arbeit eine besondere Rolle.

JOURNAL: Ihr aktuelles Buch trägt den Titel „Unhaltbarkeit“. Nach Ihrer Analyse ist das von Ihnen so genannte „ökologisch-emanzipatorische Projekt“ (ÖEP) in der Spätmoderne nicht mehr haltbar. Was hat denn dieses nun unhaltbare Projekt ausgezeichnet?

Blühdorn: Die zentrale Diagnose ist, dass in heutigen westlichen Gesellschaften (1) die bisherige Ordnung aber (2) auch das „Reparaturprojekt“, für das progressive soziale Bewegungen seit den 1970er Jahren streiten, nicht mehr haltbar sind. Wenn ich von der bisherigen Ordnung spreche, meine ich die Institutionen, Werte, Ideale und Selbstverständnisse, die für westliche Gesellschaften bisher kennzeichnend waren; also etwa das wachstumsbasierte Wirtschaftssystem, die liberale Demokratie, die Rechtsstaatlichkeit, die soziale Gerechtigkeit und Inklusion, die Idee der offenen Gesellschaft oder die weltgesellschaftliche Orientierung.

Mit „Reparaturprojekt“ meine ich die Vorstellungen einer verantwortlicheren, demokratischeren, pluralistischeren und vor allem auch ökologischeren Gesellschaft, die sich nach den Jahrzehnten des sogenannten Wirtschaftswunders und vor dem Hintergrund der damals noch neuen Erfahrung ökologischer und sozialer Krisen herausgebildet haben. Vor allem die damals „neuen sozialen Bewegungen“ und ihre Organisationen waren das politische Subjekt dieses Projekts. Es sollte, wie man heute sagen würde, *ein gutes Leben für alle in ökologischen Grenzen* ermöglichen.

Diese Vorstellung einer besseren Welt bezeichne ich als das ÖEP (öko-emanzipatorische Projekt).

Zu diesem Projekt gehört auch das große Vertrauen in die politische Mündigkeit der Bürger*innen und in ihre Fähigkeit, ihr eigenes Leben, ihre Gemeinschaft sowie auch die Gesamtgesellschaft in verantwortungsvoller Weise selbst zu bestimmen. Dabei setzte das ÖEP auf zivilgesellschaftliche Organisations- und Gestaltungsfähigkeit und echte, partizipatorische Demokratie.

Und dieses Projekt ist heute unhaltbar?

Wenn ich das ÖEP als „unhaltbar“ bezeichne, ziele ich auf sehr viel mehr als nur die Tatsache, dass die politische Stimmung derzeit in eine andere Richtung geht: Viele Annahmen und Glaubenssätze, die ihm zugrunde lagen, sind heute (a) im zeitlichen Sinne überholt, haben sich (b) als faktisch falsch erwiesen und sind auch (c) normativ fragwürdig geworden. Dazu gehört etwa der Glaube an eine übergreifende ökologische Vernunft, an kategorische ökologische Imperative, an den Gleichklang ökologischer und emanzipatorischer Agenden, an die Mündigkeit und Verantwortlichkeit der Bürger oder an die Fähigkeit demokratischer Verfahren und Institutionen, die Komplexität spätmoderner Gesellschaften zu bewältigen. An diesen unhaltbaren Annahmen weiterhin festzuhalten, ist in der Spätmoderne sehr fragwürdig.

Solche Überlegungen erscheinen zugegeben geradezu häretisch und widersprechen den Idealen, auf denen unsere Gesellschaften beruhen. Gleichzeitig erscheinen Umkehrschlüsse ebenfalls völlig unhaltbar. Hier deutet sich das tiefe Dilemma an, der spätmoderne Abgrund, den ich mit dem Begriff „Unhaltbarkeit“ zu fassen versuche.

Mit Ihrem Untertitel „Auf dem Weg in eine andere Moderne“ nehmen Sie den Untertitel des Buches „Risikogesellschaft“ von Ulrich Beck von 1986 auf, ein Buch das damals auch in der politischen Bildung viel diskutiert wurde. In welche Richtung zeigt der Zeitgeist einer nun erneut „anderen Moderne“?

Tatsächlich hat schon Beck recht genau gewusst, dass seine Idee einer „zweiten Moderne“, in der die Gesellschaft selbstreflexiv wird und mit neuen politischen Akteuren und einer wahrhaft demokratischen Politik die unerwarteten Nebenwirkungen, die ökologischen und sozialen Krisen der industriellen Moderne lösen könnte, vor allem ein Projekt ist. Er hielt diese Hoffnung für eher unwahrscheinlich, hat sich aber dagegen gestraubt,



© Adobe Stock | TSViPhoto

Wie düster sind unsere Zukunftsaussichten?

diesem Gedanken nachzugehen. Dieses Widerstreben empfinde auch ich heute.

Anders als in den 1980er und 1990er Jahren ist es heute aber unhaltbar, ja unverantwortlich geworden, diesem Impuls weiterhin nachzugeben. Für heutige Gesellschaften geht es vor allem darum, das zu verteidigen, was oft mit der Formel „unsere Freiheit, unser Wohlstand, unser Lebensstil“ beschrieben wird. Inzwischen ist aber allgemein bekannt, dass das ökologisch, sozial und demokratiepolitisch nicht tragbar ist. Trotzdem werden unser Wohlstand und Lebensstil mit Entschiedenheit verteidigt.

IN DER SOZIALWISSENSCHAFT MÜSSEN WIR UNS DAVOR HÜTEN, NUR DAS ZU SEHEN UND ZU DENKEN, WAS WIR ERMUTIGEND FINDEN.

Ihre Thesen erscheinen empirisch plausibel, sind aber auch ernüchternd. Sie sprechen sogar davon, dass diejenigen, die in den sozialen Bewegungen der 1970er- und 1980er-Jahre sozialisiert worden sind, von Ihrer Analyse traumatisiert werden könnten.

In der Sozialwissenschaft müssen wir uns davor hüten, nur das zu sehen und zu denken, was wir ermutigend finden, und alles zu vermeiden, was uns ernüchternd erscheint. Die eigene Weltanschauung muss eben nicht mit der Welt, die wir verstehen und erklären wollen übereinstimmen. Die spätmoderne Gesellschaft wird nicht mehr von den alten „progressiven“ Werten und Idealen

bestimmt. Tatsächlich ist wohl weniger meine Analyse traumatisierend als die tägliche Erfahrung dieser spätmodernen Gegenwart. Der Glaube an die politische Kraft des besseren Arguments und der kollektiven Vernunft begründeten ein Selbstverständnis und eine Weltsicht, die heute erkennbar nicht mehr haltbar ist.

Traumatisch ist, dass das, was wir als Vernunft und Verantwortlichkeit betrachtet haben, ganz offensichtlich nicht über das gesiegt hat, was wir für Unvernunft und Wahnsinn hielten. Trotz unserer immer drängenderen Wahrnehmung sich zu spitzender ökologischer, sozialer und politischer Krisen gelingt es offenbar nicht, entsprechende Gegenmaßnahmen zu ergreifen.

Sie schließen mit „Unhaltbarkeit“ an zwei Ihrer früheren Werke an: „Simulative Demokratie“ (2013) und „Nachhaltige Nicht-Nachhaltigkeit“ (2020) und nehmen damit Leitbegriffe auf, die auch für die politische Bildung wichtig sind. Vor allem „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ ist heute ein zentrales Feld der politischen Bildung.

Wichtig war mir bereits in meinen Arbeiten zur Demokratie und zur ökologischen sowie sozialen Nicht-Nachhaltigkeit, dass die entsprechenden Ideale nicht einfach nur von ihren politischen Gegnern unterdrückt werden, sondern dass sie sich im Zuge der gesellschaftlichen Entwicklung und des Versuches, sie in der Praxis zu verwirklichen, erschöpfen und überleben.

Wenn sie nur von ihren Gegnern, etwa der Logik des Kapitalismus, unterdrückt würden, könnte man darauf hoffen, diese Gegner mittelfristig zu besiegen, und damit den Weg für die Umsetzung dieser Ideale doch noch frei zu machen. Wenn sich diese Ideale aber erschöpfen und überleben, besteht diese Hoffnung nicht und wird unhaltbar. Die Dialektik des ÖEP besteht erstens darin, dass die Logik der Demokratisierung selbst die Grundlagen der Demokratie auszuhöhlen droht, da Demokratie unverhandelbare Grundfesten benötigt. Zweitens untergräbt die Logik der Befreiung die Freiheitsvorstellung, die für das ÖEP zentral ist, insofern Freiheit stets auch Pflichten und Verantwortung impliziert. Drittens hat der Versuch, der ökologischen Transformation mehr Schwung zu verleihen, bislang vor allem systemstabilisierende Strategien dominant

gemacht, etwa den Fokus auf technologische Innovation.

Die Dialektik des ÖEP entwickelt eine Dynamik, die die normativen Fundamente dieses Projekts aushöhlt bzw. sie unbemerkt so konfiguriert, dass

„DIE DEMOKRATISCHEN INSTITUTIONEN SIND HEUTE HOFFNUNGSLOS ÜBERFORDERT.“

Demokratisierung, Emanzipation und Nachhaltigkeit sich letztlich jeweils selbst blockieren. So bricht der politischen Bildung und der kritischen Sozialwissenschaft die normative Grundlage weg, die auf progressive Werte abzielt, die von der europäischen Aufklärung herkommen. In der Spätmoderne kämpfen nun neue politische Akteure im Namen des „gesunden Menschenverstandes“ ausdrücklich gegen diese „alten“ bürgerlich-liberalen Vorstellungen von Vernunft und Verantwortlichkeit. Auch diese Akteure verstehen sich als kritische Bewegungen, die politische Mündigkeit und Gestaltungsfähigkeit für sich in Anspruch nehmen. Hier frisst die Revolution ihre Kinder.

Wir würden gerne noch auf einen weiteren Leitbegriff der politischen Bildung zu sprechen kommen, den Sie sehr kritisch in den Blick nehmen: „Subjektorientierung“ ist fast so etwas wie eine heilige Kuh in der politischen Bildung. Sie sprechen dagegen von „Entsubjektivierung“.

Die Idee, dass der Mensch frei und selbstbestimmt sei, dass er eine unantastbare Würde habe, und somit immer selbst der Zweck und nicht bloßes Mittel werden dürfe, dass er immer das Subjekt ist, niemals zum Objekt gemacht werden darf, ist die Leitidee der Moderne. „Progressive“ Bewegungen, die gesamten kritischen Sozialwissenschaften und auch die politische Bildung waren immer auf die möglichst umfassende Verwirklichung dieses Ideals ausgerichtet. In der Spätmoderne jedoch erleben wir tatsächlich eine „Entsubjektivierung“.

Für das ÖEP war das Ideal des mündigen und zum kritischen Vernunftgebrauch befähigten

Subjekts sehr wichtig. Diese Fähigkeit begründete die Freiheit des Subjekts, war aber gleichzeitig auch eine Verpflichtung auf das Vernünftige: Das aufgeklärte, mündige Subjekt, so war die Annahme, würde aus freier Entscheidung und rationaler Einsicht, das Vernünftige tun, das zugleich auch das moralisch Richtige wäre. Durch geeignete Institutionen sollten die Bürger ihre volle Mündigkeit entfalten, die dann eine partizipativere und deliberative Demokratie möglich machen würde. In der Spätmoderne ist diese Vorstellung vom mündigen Subjekt aber nicht mehr aktuell.

Der Glaube an die einheitliche (ökologische) Vernunft ist längst zerfallen. Das Ideal einer in sich konsistenten und prinzipienbasierten stabilen Persönlichkeit und Identität erscheint nicht mehr unbedingt erstrebenswert. Flexibilität, Vielschichtigkeit, Innovationsoffenheit versprechen heute mehr Freiheit, Selbstverwirklichung und Erfolg. Die ältere Idee des mündigen Subjekts ist demgegenüber eher ein Hindernis.

Unter diesem veränderten Vorzeichen werden nun die vermeintlich objektiven ökologischen Problemdiagnosen und Handlungsimperative neu zur Diskussion gestellt, repolitisiert. Dabei werden

„DER GLAUBE AN DIE EINHEITLICHE (ÖKOLOGISCHE) VERNUNFT IST LÄNGST ZERFALLEN.“

ökologische Probleme ganz offen nur nach Maßgabe ganz subjektiver Werte und Interessen betrachtet. Objektive Erkenntnisse und vermeintlich

Was bleibt vom Ideal des mündigen Subjekts?



© Adobe Stock | Vladislav

Haben sich unsere demokratischen Institutionen verzettelt?

universalistische Normen wie die Würde des Menschen, allgemeine Menschenrechte oder die Grundsätze der Gleichheit und Inklusion werden dabei offensiv in Frage gestellt. Damit verliert auch die politische Bildung ihre verlässlichen Werte.

Das klingt sehr pessimistisch! Sie sprechen in diesem Zusammenhang auch davon, dass Sie über die „unendliche Wohlfühlkultur“ hinausgehen wollen.

Ich glaube nicht, dass Optimismus und Pessimismus hier wirklich relevante Kategorien sind. Natürlich ist es immer schön, wenn man Hoffnung machen kann. Aber zunächst muss es in der Sozialwissenschaft mal darum gehen, die Besonderheit der gegenwärtigen Gesellschaft und Situation zu verstehen. Die demokratischen Institutionen sind heute hoffnungslos überfordert und wir gewinnen immer öfter den Eindruck, dass möglicherweise nur noch durch „autokratisches Durchregieren“ der politische Stau aufzubrechen und problemgerechte Lösungen umzusetzen sind.

„LITERATUR, IN DER DEMOKRATISCHE INNOVATIONEN GEPRIESEN WERDEN, NENNE ICH „WOHLFÜHLKULTUR“.

In dieser Situation kann man natürlich weiterhin behaupten, „demokratische Innovationen“ könnten das Dilemma lösen. Die Literatur, in der solche Innovationen gepriesen werden, nenne ich „Wohlfühlkultur“. Es ist heute aber gut erforscht und dokumentiert, dass solche Innovationen das Problem meist nur verschieben. Das ist eine bedrückende Diagnose, weil autokratische oder autoritäre Politik die Probleme ebenfalls nicht löst, sondern nur verschärft. In dieser misslichen Lage

hilft es allerdings gar nichts, sich in die Komfortzone unserer hergebrachten Werte, Analysen, Lösungsversprechen und Bildungsideale zurückzuziehen.

Nach dieser bedrückenden Analyse wird es unsere Leser*innen nicht mehr erstaunen, dass Sie auch die politische Bildung als ein nicht mehr haltbares Relikt des ÖEP identifizieren. Dabei berufen Sie sich ausgerechnet auf die „Frankfurter Erklärung“ der sogenannten kritischen politischen Bildung.

Mein Bedenken ist, dass unsere Versuche, die (unhaltbaren) Werte der bisherigen Moderne, der kritischen Sozialwissenschaften und auch der politischen Bildung, weiter zu verteidigen, die inzwischen bekannten Nebenwirkungen verstärken. Es wird damit eher mehr Wasser auf die Mühlen geschauvelt, die diese Werte zugunsten einer offen autoritären, exklusiven, gewaltsamen Politik des Stärkeren abschaffen wollen.

ES BILDET SICH EINE NEUE FORM DER MODERNE HERAUS, DIE SICH RADIKAL VON DER LIBERALEN MODERNE UNTERSCHIEDET.

Viele Leser meines Buches haben bestätigt, dass meine Analyse ihren eigenen Erfahrungen entspricht. Aber sie wissen sich keinen Rat, wie wir aus diesem Unhaltbarkeitsdilemma herausfinden. Andere haben insistiert, dass wir angesichts der Konjunktur der alternativen Fakten, der Wissenschaftsfeindlichkeit, der Leugnung des Klimawandels, der Verschwörungsmythen und der sich rasch ausbreitenden Herrschaft der Stärkeren den Kampf um „unsere Werte“ umso konsequenter verstärken müssen. Das könnte aber die bereits jetzt überdeutlichen Konflikte, Spaltungen und Polarisierungen verschärfen.

Was ist denn nun der Ausweg aus den vielen Dilemmata. Sie schreiben, dass es Ihnen nicht um die Verbreitung von Pessimismus gehe, sondern darum zu beleuchten, „aufgrund welcher normativen Orientierungen Optimismus und Pessimismus, Hoffnung und Frustration überhaupt entstehen“ (S. 50).

Die Frage nach den „Lösungen“ ist sehr verständlich, sie verleugnet letztlich aber den zentralen Punkt, um den es mir bei der Diagnose „Unhaltbarkeit“ geht: Ob wir es mögen oder nicht, unsere bisherigen Glaubenssätze und Institutionen der liberalen Moderne zerfallen, und westliche Gesellschaften sind dabei, sich grundsätzlich zu verwandeln.

Es bildet sich eine neue Form der Moderne heraus, die sich radikal von der bisherigen Form der Moderne, der liberalen Moderne, unterscheidet.

Was wir bisher als Lösungen anzubieten haben, soll den Werten der bisherigen liberalen Moderne entsprechen, soll sie stabilisieren und möglichst vollständig verwirklichen. Wir sehen die Verletzung dieser Werte als Problem und wollen unsere Freiheit und unseren Lebensstil verteidigen. Wesentliche Teile der Gesellschaft sind dagegen hoch erfreut über das „Ende der grünen Hegemonie“. Sie sehen darin eine Befreiung und jubeln autoritären Führern zu. In der Spätmoderne sind also

die etablierten Kategorien „progressiv“ und „regressiv“, oder „optimistisch“ und „pessimistisch“ fundamental in Bewegung geraten, „unhaltbar“ geworden. Dieser Verunsicherung müssen wir uns stellen.

Das Gespräch führten Benedikt Widmaier und Alexander Wohnig. Die lange Version des Interviews können Sie auf der Website des JOURNALS lesen.



Dieser Beitrag ist digital auffindbar unter:
DOI <https://doi.org/10.46499/2680.3755>

HANDBUCH AUFSUCHENDE POLITISCHE BILDUNG

Thomas Gill, Heinz Stapf-Finé, Annette Wallentin (Hg.)



Handbuch aufsuchende politische Bildung

Politische Bildner*innen wissen: Aufsuchende politische Bildung ist der Lösungsansatz, um auch entfernte oder marginalisierte Zielgruppen zu erreichen. Erstmalig bündelt dieses Handbuch die Expertise aus Theorie und Praxis und bietet einen umfassenden, fundierten Einblick. Zugleich birgt es vielfältige Anregungen für alle, die politische Erwachsenenbildung inklusiver gestalten wollen.

So geht Teilhabe: Mit dem Handbuch bekommen Sie als außerschulische*r Bildner*in das perfekte Rüstzeug an die Hand.



hrsg. von Thomas Gill, Heinz Stapf-Finé und Annette Wallentin

ISBN 978-3-7344-1710-8, 224 S., € 29,00

PDF: ISBN 978-3-7566-1710-4 € 28,99